

Paibacher Zeitung.

Nr. 291.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 21. Dezember

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei steter Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Der „Bohemia“ geht über die kirchlichen Conferenzen in Prag folgende Mittheilung zu: „Den Gegenstand der bischöflichen Verhandlungen, welche seit Dienstag in der fürstbischöflichen Residenz stattfanden, bilden, wie bereits angedeutet, lediglich jene, die Leistungsmodalitäten bei Umpfarrungen, die Stofatarrordnung, die Bildung von Pfarrgemeinden, die kirchliche Vermögensverwaltung und das Patronatsverhältnis betreffende Fragen, über welche sich die bischöflichen Ordinariate auf Verlangen des k. k. Kultusministeriums im Grund des Gesetzes vom 7. Mai 1874 (§§ 21, 24, 35, 38, 52) auszusprechen haben. Neben den Herren Bischöfen von Leitmeritz und Budweis, dann dem königgrätzer Domcapitular Herrn Kulla als Vertreter des dortigen Bisthumsverwesers theilnehmen an diesen vor- und nachmittags stattfindenden Conferenzen der olmützer Herr Fürstbischöf, der brünner Bischof, der Generalvikar der Breslauer Fürstbischöf für seinen Diöcesantheil im österreichischen Schlesien. Beigezogen wurden zu diesen Beratungen auch die einzelnen hiesigen Consistorialräthe, in deren Referat die einzelnen Fragen einschlagen und die Begleiter der genannten Herren Bischöfe, nämlich Canonicus Rzehak von Leitmeritz und Monsignor Weinlich von Olmütz. Danach stellt sich die unlängst gemachte Mittheilung, als handele es sich um Namhaftmachung der Candidaten für das erledigte königgrätzer Bisthum als irrig heraus.“

Die „Silesia“ spricht über die Zustände in Galizien, beziehungsweise über das Verhältnis Galiziens zum Reiche und findet, daß die gegenwärtige Regierung an den galizischen Zuständen keine Schuld trage, denn dieselbe sei Erbe einer Situation, die ihre Vorgänger geschaffen haben. Darum falle ihr die Pflicht umso mehr zu, alles zu thun, um das Reich wieder zum Herrn in Galizien zu machen. Uebrigens fragt das Blatt: „Welche Verdienste haben sich die galizischen Polen um das Reich erworben, daß ihnen die Schule und die Administration vollständig preisgegeben wurde? warum wird Galizien mit anderem Maße gemessen als den übrigen Provinzen? Warum läßt man die Ruthenen und Deutschen von den Polen, als der Minorität im Lande, vergewaltigen?“ Von diesen Gesichtspunkten aus freut sich das Blatt über die Begründung einer Universität in Czernowitz.

Der „Czech“ pocht auf die slavische Kultur und ihre Wirkungen in Europa, noch ehe die Germanen zu einer Kulturstufe sich emporgeschwungen hatten. Er verlangt nichts weiteres, als das Schulwesen in die

Hand zu bekommen, um mit Erfolg den Kampf mit der deutschen Kultur aufnehmen zu können. (1)

Der „Czas“ wünscht, die Nachricht der „Gaz. Lew.“ bezüglich der Einberufung der Landtage nach Osiern zu einer abermals so kurzen Session, möge sich im Interesse der Länder nicht bestätigen. Die Landtage bedürfen einer längeren als der üblichen vier- oder fünf-wöchentlichen Dauer.

Der „Osservatore Triest.“ zeigt an, daß von Neujahr an eine Morgenausgabe des Blattes unter dem Titel „Adria“ erscheinen werde. Diese ist bestimmt, namentlich den lokalen Interessen Triests und des Küstenlandes zu dienen und dürfte unter der neuen Redaction, die mit 1. Jänner bei dem „Osservatore“ eintritt, eine große und erprießliche Verbreitung umso mehr erlangen, als auf die „Adria“ ein abgesondertes und sehr billiges Abonnement eröffnet werden soll.

Reichsrath.

99. Sitzung des Abgeordnetenhanes.

Wien, 17. Dezember.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr Laffer, Dr. Banhaus, Dr. v. Steermahr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Ehlmeckh, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemalkowski.

Der Minister des Innern überreicht erstens einen Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Rückzahlungstermine der aus Anlaß der Ueberschwemmung in Böhmen gewährten Nothhandelsdarlehen, zweitens einen Gesetzentwurf betreffend die Mur-Regulierung. (Bravo!)

Abg. Dr. Razlag interpelliert den Landesvertheilungsminister wegen Untersuchung der Kriegsdiensttauglichkeit bei der Reserve und Landwehr.

Abg. Cienciala interpelliert den Justizminister bezüglich der Gleichberechtigung der czechischen und polnischen mit der deutschen Gerichtssprache.

Abg. Fr. Suez stellt einen Antrag auf Errichtung einer Weberschule in Seckau.

Zur Tagesordnung übergehend, berichtet namens des Ausschusses Abg. v. Plener über die Petition des Vereins „Volkstimme“ wegen Errichtung von Arbeiterkammern und beantragt, diese Petition der Regierung mit der Aufforderung abzutreten, in die bevorstehende Reform der Gewerbeordnung auch die Organisierung von Arbeiterkammern aufzunehmen und zweck-

mäßige Bestimmungen für den Unterricht und die Arbeitszeit der Arbeiter und der in den Fabriken beschäftigten Kinder zu treffen.

Als Redner haben sich einschreiben lassen gegen den Antrag: Schrank, Kronawetter, Ruspig, Wurm und Harrant; für: Fandrlid, Max Rübed, Walterkirchen und Mises.

Abg. Dr. Schrank ist mit der Petition als solche nicht einverstanden, jedoch erscheint ihm der Antrag des Ausschusses nicht genügend und ist der Meinung, daß der Ausschuss die ganze Frage nicht in ihrer vollen Wichtigkeit erfaßt habe. Mit Palliativmitteln würde wenig gethan sein. Der Socialismus ist eine natürliche Folge der kulturellen Entwicklung und das allgemeine Wahlrecht ist ein Product derselben. Das Wahlrecht dürfe den Arbeitern nicht vorenthalten werden, insbesondere weil diese selbst nur in so bescheidener Weise ihre Wünsche aussprechen. Redner kann die Gefährlichkeit der Arbeiterkammern nicht einsehen. Entschieden übertrieben aber sei es, wenn man sie als den Tumultplaz wüster Agitationen betrachte. Es sei besser zu hören, was die Leute wollen, als sie zu unterdrücken. Mit Gewalt unterdrückt man keine sociale Bewegung. Dies wäre eine große Täuschung. Es müßte etwas gethan werden, denn die Berührung auf die Reform der Gewerbeordnung zähle nichts. Redner beantragt daher, die Regierung sei aufzufordern, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Errichtung von Arbeiterkammern für die gewerblichen Lohnarbeiter an Orten, in welchen Handels- und Gewerbekammern bestehen und zwar in analoger Weise mit der letzteren Institution. (Bravo!) Wird unterstützt.

Abg. Dr. Fandrlid erwartet von der Errichtung der Arbeiterkammern nur eine partielle Befriedigung der Wünsche der Arbeiter, denn es würde auch dann eine tendenziöse Begünstigung der deutschen auf Kosten der slavischen Arbeiter eintreten.

Dr. Kronawetter gegen: Die Arbeiter nehmen nur sehr geringen Antheil an den Vortheilen der Gesellschaft. Es ist also eine einfache Gerechtigkeit, wenn man den Arbeitern ihre politische Vertretung gewährt. Auch die nichtbesitzende Klasse müßte das Recht haben, an der Staatsverwaltung theilzunehmen.

Abg. Baron Max Rübed rechtfertigt in klarer und ruhiger Form die Gesichtspunkte, von welchen der Ausschuss in der Beurtheilung der vorliegenden Petition ausging. Der Ausschuss suche durch ein wohlüberlegtes Vorgehen die scharfen Gegensätze zwischen Arbeiter und Kapital möglichst auszugleichen. Redner stellt zu diesem Zwecke ein Amendement, nach welchem die Regierung nicht nur für die Einschränkung der Arbeitszeit, sondern auch für Gesundheitscontrole und Fabriksschulen sowie für die staatliche Ueberwachung der Fabriken durch

feuilleton.

Irrsinnig.

Roman von W. Heinrichs.

(Fortsetzung.)

Zehntes Kapitel.

Karoline lebte einige Zeit zurückgezogen von aller Welt bei ihrer Freundin, der Frau March, und sah niemand, ausgenommen Lord Geraldin, der die Familie sehr häufig besuchte. Es ward beschlossen, daß Karoline bis zu ihrer Vermählung mit dem Lord bei ihrer Freundin weilen sollte. Dr. March hatte die Schritte zur Auflösung von Karolines Ehe mit F. Botany eingeleitet und alle sahen der Vollziehung dieses Actes mit Spannung entgegen. Dr. March wartete nur auf die Erscheinung der andern Partie, nemlich, des F. Botany, der zur Zeit sich in Deutschland aufhielt. Von dorthier hatte Dr. March einen Brief erhalten, in welchem Botany ihm anzeigte, daß er eine zweite Heirat mit einer reichen Erbin geschlossen, deren Erbschaft in England zu heben sei, wo er in kurzem selbst mit seiner Gattin erscheinen würde.

Wir finden die Freunde an einem nachkalten Septemberabend in Dr. Marchs Villa in Highgate versammelt. Draußen stürmte der Wind und große Hagelschlossen schlugen an die wohlverwahrten Fenster. Das gefallene Laub wirbelte in dichten Massen über den glatt beschorenen Grasplatz, der, eine wahre Zierde, hier das ganze Jahr hindurch im frischesten Grün prangt und nur selten, bei ausnahmsweise strengem Winter, auf

einige Tage mit Schnee bedeckt wird, nach dessen baldigem Aufthauen er nur um so lieblicher grünt. Im Hause war aber alles Licht und Wärme, ein wahrer Frühling herrschte hier. Eine Glashüre des Salons führte in das Conservatorium, wo die seltensten Blumen in voller Blüte standen und von wo die süßen Düfte durch die offene Thür hereinströmten. Eine Gasröhre leuchtete von der Decke herab und spiegelte sich tausendfältig in der silbernen Themaschine und in dem reichen Theeservice. Der Tisch stand in der Nähe des Kamins, in welchem ein helles Feuer loderte, das nicht wenig zur Behaglichkeit der Freunde beitrug. Die grünfarbenen Sammetgardinen waren fest geschlossen und auf dem welchen Teppich hörte man nicht den Fußtritt des alten Dieners, der die Herrschaft beim Thee bediente, so daß man alles wie durch Zauberei erhielt und sich in einen Feenpalast versetzt glauben konnte. Als der Diener seine Arbeit gethan und sich entfernt hatte, begann Dr. March, sich vergnügt die Hände reibend: „Ich habe Ihnen heute, Lord Geraldin, eine angenehme Nachricht mitzutheilen. Mein Elfen, der so sehnlich erwartete Botany, ist angekommen. Er erschien heute in meinem Comptoir und ersuchte mich, auf den Nachlaß eines gewissen Stefan Wezlar, dem Onkel seiner zweiten Frau, Beschlag zu legen. Seiner zweiten Frau, was sagen Sie dazu?“

„Unerhört!“ rief Lord Geraldin. „Er wagte es, eine zweite Heirat zu schließen, während er das Opfer seiner ersten im Irrenhause weiß. Das muß ihn für den Galgen reif machen.“

„So denke auch ich,“ sagte Dr. March. „Wir wollen ihm jedoch eine Galgenfrist gewähren. Erst möchte ich die Bekanntschaft mit der neuen Frau Botany machen und ich habe ihn ersucht, mit seiner besseren Hälfte auf

meinem Comptoir zu erscheinen. Dort will ich erst sehen, wer's Geistes Kind die letztere ist und ich denke, sie mit Vorsicht auf den sie treffenden Schlag, die Verhaftung ihres vermeintlichen Gatten, vorzubereiten.“

„O, das ist edel,“ rief Karoline. „Das ist ganz Ihres großen Herzens würdig.“

„Ich habe es nicht anders von dir erwartet,“ sagte Mrs. March und umarmte ihren Gatten.

„So ist's recht,“ versetzte Lord Geraldin und drückte die Hand seines Freundes. „Wir wollen uns noch einige Tage gebulden. Mitleid und Schonung, auch Gerechtigkeit dem unverdienten Unglück; dem Verbrecher Züchtigung!“

Wir finden Dr. March am Morgen des darauf folgenden Tages in seinem Comptoir im Temple, wo die meisten Advocaten von Ruf und Praxis ihre Geschäfts-locale haben. Es bestand aus einer großen Schreibstube, wo die Schreiber saßen, und aus mehreren Gemächern zu seinem Privatgebrauch, deren Fenster nach der Themse zu lagen. In einem dieser Privatzimmer unterhielt er sich eifrig mit Lord Geraldin, nachdem er seinem Oberschreiber bedeutet hatte, daß er für niemand zu sprechen sei und also auf keinen Fall gestört werden dürfe.

„Und hat Karoline den Artikel gelesen?“ fragte Dr. March den Lord, der die Times in der Hand hielt, aus welcher er ihm eine Stelle vorgelesen, welche von der Entdeckung einer Mörderin handelte, die eine Baby-Farm hielt, und ihre Pflöge systematisch für einen bestimmten Preis, den sie sich von den Müttern oder sonstigen Angehörigen der Kinder dafür zahlen ließ, mordete.

„Mir fiel sogleich der Name Watson auf,“ sagte Lord Geraldin, „es ist derselbe, der in dem Todten-

Fabrikinspektoren Sorge tragen soll. (Lebhaftes Bravo.) Der Antrag wird unterstützt.

Abg. Baron Walterkirchen vertheidigt in blänzender Weise den Ausschufsantrag und spricht sich sehr warm für Arbeiterkammern aus. Die Harmonie der Interessen wird hier mitwirken, denn das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeiter ist schließlich solidarisch. Mag der Arbeiter den Fabrikanten schädigen, immer wird der Schaden auf ihn zurückfallen. Schrofne Gegensätze verwirklichen die Begriffe. Es ist besser eine organisierte Arbeiteropposition vor sich zu haben, als eine unorganisierte, die unklar in ihren Zielen darüber hinaus schießt. (Bravo! Bravo!) Er beantragt ein Amendement, dahingehend, daß die Regierung die Art und Weise in Erwägung zu ziehen habe, wie diesen Kammern eine politische Vertretung zu gewähren sei. (Lebhaftes Bravo.) Wird unterstützt.

Die noch eingeschriebenen Redner verzichten auf das Wort. Nachdem noch die Abgeordneten S a n a h l gegen, Dr. R h y g e r und der Berichterstatter für den Ausschufsantrag gesprochen hatte, wird derselbe mit dem Amendement K ü b e r s angenommen und die übrigen Anträge abgelehnt.

Parlamentarisches.

I.

In der am 17. d. abgehaltenen Abend Sitzung des Verwaltungsausschusses sprach der Abg. G ö l l e r sich dahin aus, daß die Hauptbeschwerden gegen das Verwaltungswesen in dem übertragenen Wirkungskreise ihre Ursache haben.

Abg. H e i n z wies auf das Institut der Friedensrichter hin.

Abg. L a n d a u brachte zwei Fälle von Kompetenzconfliten zwischen autonomen und landesfürstlichen Behörden in Galizien zur Sprache.

Der Minister des Innern betonte im allgemeinen seine während einer 26jährigen Thätigkeit gemachten Erfahrungen, aus welchen die Schwierigkeit einer radicalen Reform des Verwaltungsrathes hervorgeht.

Bei Schluß dieses Berichtes dauerte die Sitzung noch fort. Für dieselbe war nachstehender Antrag des Abg. G ö l l e r zur Einbringung bestimmt: „In Erwägung, daß infolge der vielfach vermehrten Agenden der l. l. Bezirkshauptmannschaften, die mit dem Gesetze vom 19. Mai 1868 normierte Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden den Verhältnissen und Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr entspricht; in Erwägung, daß über die mangelhafte Handhabung der bestehenden Gesetze, namentlich in Bezug auf Sicherheit der Person und des Eigenthums vielfach und mit vollem Grunde geklagt wird, daß aber die wünschenswerthe Ingerenz der politischen Verwaltungsbehörden auf diesem Gebiete nur durch eine entsprechende Verteilung der politischen Verwaltungsorgane in den Bezirken ohne Vermehrung derselben am Sitze der Bezirkshauptmannschaft erreichbar ist; in Erwägung, daß durch eine solche Einrichtung zugleich den Landesvertretungen die Möglichkeit geboten wird, jene in ihrer gesetzlichen Kompetenz gelegenen Änderungen der Gemeindeordnungen zu beantragen, welche unbeschadet der Gemeindeautonomie den Bedürfnissen der einzelnen Länder entspricht; in Erwägung endlich, daß die Ueberbürdung der Gemeinden mit Geschäften des übertragenen Wirkungskreises nachtheilig auf ihre autonome

Thätigkeit einwirkt und daß die Kompetenzen auf dem Verwaltungsgebiete nicht überall mit der wünschenswerthen Schärfe abgegrenzt erscheinen, wird die hohe Regierung aufgefordert, im Sinne dieser Erwägungen eine Revision des Gesetzes vom 19. Mai 1868 vorzunehmen und die entsprechenden Vorlagen ehestmöglichst zur verfassungsmäßigen Verhandlung zu bringen. Zugleich wolle die hohe Regierung auf die Verminderung der Inanspruchnahme der Gemeinden im übertragenen Wirkungskreise und auf die mit den bestehenden gesetzlichen Normen übereinstimmende Erlassung unzweideutiger Kompetenzbestimmungen Bedacht nehmen.“

II.

In der unter dem Vorsitze des Obmann-Stellvertreters Dr. Kaiser stattgefundenen Sitzung des Ausschusses betreffend die Kunstweinproduction erklärte Sr. Exc. der Herr Ackerbauminister zunächst den Standpunkt der Regierung dahin, daß sie ein finanzielles Interesse habe, dahin zu wirken, daß nicht die Steuerlast der Weinproducenten dadurch unerträglich werde, daß ähnliche Substanzen der Bevölkerung unbesteuert zugeführt werden. Ebenso habe die Regierung das Interesse der Bodenkultur ins Auge zu fassen.

Dieselbe werde daher gerne legislativ mitwirken, um den Naturwein zu schützen, jedoch unter der Voraussetzung, daß dasjenige, was geschützt werden soll und dasjenige, gegen was es geschützt werden soll, genau bezeichnet werden könnte. Liege sich eine genaue Grenze finden, welche den Naturwein von dem Kunstwein unterscheidet, so sei kein Grund vorhanden, nicht mit gesetzlichen Bestimmungen vorzugehen.

Der Minister bemerkt weiters, er habe sich mit Rücksicht auf die Fruchtlosigkeit der in früheren Jahren bereits gepflogenen Enquête nicht veranlaßt gesehen, diese Fragen dermalen neuerlich einer Enquête vorzulegen, und er müßte darauf Werth legen, daß der Ausschuss eine solche Enquête veranlasse.

Unter Hinweis auf den § 504 des neuen Strafgesetzbuches, welcher nicht ohne Zuthun des Ackerbauministeriums in den Entwurf aufgenommen worden sei und im Punkte 4 anordne, daß derjenige bestraft werde, welcher Waren verkaufe, die infolge besonderer Verordnung nur unter ausdrücklicher Bezeichnung ihrer Eigenschaft verkauft werden dürfen, führt Sr. Exc. der Herr Minister aus, daß auf Grund dieses Paragraphen mit Strafen vorgegangen werden könnte, wenn im Verordnungswege verfügt würde, daß der Kunstwein als solcher zu bezeichnen sei, doch sehe dies, wie gesagt, eine präcise Begriffsbestimmung des Kunstweines voraus.

Es betheiligen sich an der Debatte die Abgeordneten Seidl, Fürst, Freih. v. Cresser, Dr. Kaiser, Dr. Dinsl, Dr. Granitsch, welche die Erörterung des Begriffes Kunstwein zum Gegenstande hatte.

Nachdem noch Sectionsrath Rinaldini die Namen der Experten, die im Jahre 1872 an der Enquête theilgenommen, mitgetheilt hatte, beschließt der Ausschuss, eine neue Expertise zu veranstalten und hiezu als Experte einzuladen die Herren: Franz Leibenfroft, Robert Schlumberger, J. Römer, August Schneider, Johann Viehl aus Reg., Professor Dr. Köhler, Director Freih. v. Babo in Klosterneuburg und Universitätsprofessor Schneider. Die Nominierung von ländlichen Experten wird vorbehalten.

Ueber den Prozeß Arnim

läßt sich die „Montags-Revue“ an leitender Stelle vornehmen, wie folgt:

Der Verlauf des Prozesses gegen den ehemaligen deutschen Botschafter in Paris, Grafen Harry v. Arnim, hat das Interesse noch gesteigert, welches die öffentliche Meinung der ganzen Angelegenheit von ihrem Anbeginn her in so ungewöhnlichem Grade entgegenbrachte. Es wird unseren Lesern erinnerlich sein, daß die „Montags-Revue“ nicht zu jenen Organen zählte, welches für ein angebliches Martyrium des Grafen Arnim eintreten. Sobald sich die Gerichte des Streit zwischen ihm und seiner vorgesetzten Behörde bemächtigt hatten, erschien es uns als Pflicht, zur Achtung der Justiz eines befreundeten Staates zu mahnen und vor vorschnellen Urtheilen zu warnen. Die Ergebnisse der Verhandlung enthalten nichts, was uns unsere damalige Haltung bedauern ließe. Sie erschienen vielmehr in allen wesentlichen Punkten als eine Bestätigung unserer Annahme, daß es sich in dem Prozesse wirklich um den Schutz schwer betroffener Interessen der öffentlichen Disciplin und um Vergehen handelte, die nicht strafflos bleiben können, soll der Staat nicht auf die Wahrung seiner unmittelbaren und natürlichsten Rechte verzichten.

Schon bei Beginn des Verfahrens konnte man wahrnehmen, daß die Persönlichkeit des Grafen Arnim nicht mit erhöhtem Ansehen aus den Verhandlungen hervorgehen wird.

Die Gloriole politischen Ruhmes, die man etwas voreilig um sein Haupt gewoben, vermochte der grellen Beleuchtung, welche die Anklage auf seine pariser Thätigkeit geworfen, nicht Stand zu halten. Graf Arnim ragte in seiner Berichterstattung nicht über das Niveau der Durchschnittsbegabung eines zu so hoher Stellung berufenen Diplomaten empor, ja insofern als er das erste Erfordernis des öffentlichen Dienstes, das Verständ-

nis für die Befehle und die Intentionen seines Vorgesetzten, nicht hat oder nicht haben will, ist man sogar zu einem weit schärferen Urtheile über ihn berechtigt. Er hat alle Ursache, die Vergleiche zwischen ihm und dem Kanzler des deutschen Reiches, welche anzustellen man sich vor kurzem noch beeiferte, auf das Entschiedenste abzulehnen. Sollen die Geschicke Deutschlands einmal in andere Hände gelegt werden, so wer es sicherlich nicht die Hände des Grafen Harry von Arnim sein dürfen.

Die Vorgänge in Frankreich in den letzten Momenten des Thiers'schen Regiments konnten allerdings zu sehr verschiedenen politischen Urtheilen herausfordern und an sich ist es nicht unbegreiflich, daß eine hochconservative Natur, wie die des Grafen sich von den Chancen angezogen fand, welche die Entwicklung der allgemein conservativen Interessen darzubieten schien. Allein er vertrat dabei doch keineswegs die Grundsätze einer in sich geschlossenen Principienpolitik gegenüber der Interessenpolitik des Fürsten Bismarck. Seine Sympathien für den Bonapartismus poßten schlecht zu der eigentlich legitimistischen Färbung seiner Ueberzeugungen. Und jedenfalls hatte er, so wiederholt und so nachdrücklich auf das deutsche Staatsinteresse verwiesen, diese Ueberzeugungen entweder den politischen Tendenzen des Fürsten Bismarck unterzuordnen oder auf seine Stellung zu verzichten. So barisch die berliner Befehle klingen mochten, in so wenig rückwärtsvolle Formen der Reichskanzler seine Erlässe kleidete, Fürst Bismarck war völlig berechtigt, von seinen Untergebenen größere Fügigkeit gegen seine Weisungen und weniger eigene Initiative in politischen Fragen zu fordern.

Es ist nicht unsere Absicht, hier auf die Einzelheiten des an interessanten Zwischenfällen so reichen Prozesses einzugehen. Als denkwürdiger Beitrag zur Zeitgeschichte verdienen sie ihre besondere Verwerthung. Auch auf das innere Getriebe des modernen diplomatischen Dienstes ist manches scharf bezeichnende Streiflicht gefallen. Wir sehen ein überaus kräftiges Auftreten der Centralleitung, ein strammes Zusammenfassen der politischen Fragen durch den obersten Leiter der deutschen Politik. Die auswärtigen Gesandtschaften haben nicht bloß den Aufgaben der Berichterstattung zu genügen, sondern zugleich und vielleicht in erster Linie die willkürlichen Organe für die Vollstreckung der berliner Befehle zu sein. Unleugbar wird man mit neuem Respekt vor der gewaltigen Kraft des Mannes erfüllt, der die Lasten einer in so großem Stile entworfenen Politik ganz allein auf seine Schultern genommen hat.

Uns darf indeß bei dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit vor allem das Verhältnis interessieren, in welchem Graf Arnim zu den durch den Prozeß bekannt gewordenen Thatsachen steht. Und da ist, wie gesagt, das Ergebnis ein dem Angeklagten durchaus ungünstiges. Alle einzelnen Umstände lassen ihn als eine ihre Fähigkeiten weit überschätzende rechtshaberische und zur politischen Intrigue geneigte Persönlichkeit erscheinen. Den großen staatsmännischen Gedanken des Fürsten Bismarck gegenüber machen die politischen Aporien der pariser Berichterstattung einen fast kläglichen Eindruck. Die Urgebild des Reichskanzlers wird erklärlich, wenn man sie mit der kleinlichen Opposition seiner Untergebenen zusammenstellt. Und die Auffassung vollends, welche Graf Arnim von seinen Beziehungen zum auswärtigen Amte und überhaupt in allen Fragen der Disciplin hat, werden auch seine Freunde nicht billigen. Graf Arnim wird die Rehabilitierung seines Rufes und Ansehens von ehedem vergebens anstreben.

Politische Uebersicht.

Salzach, 20. Dezember.

Der Banus von Kroatien ernannte eine Commission für die Durchführung der politischen Organisation; diese Commission wird am 29. d. M. ihre Arbeiten beginnen und zuerst die Arrondierung der Verwaltungsbereiche vornehmen.

Der deutsche Reichstag erledigte in Abwesenheit der elsass-lothringischen Deputierten den elsass-lothringischen Etat bis zur Position „Justizetat.“ — Der „Nordd. Allg. Ztg.“ werden von zuverlässiger Seite die Nachrichten über den künftigen Verlauf der Verhandlungen, welche auf eine Umwandlung der preussischen Bank in eine Reichsbank Bezug haben, bestätigt. Es sei jetzt vollständiger Anhalt für die Hoffnung gewonnen, daß die Erledigung dieser Frage im Einverständnisse zwischen der Reichsregierung und der Mehrheit des Reichstages im Laufe des Jänner erfolgen werde.

Eine Darlegung der Finanzlage Frankreichs wird Montag oder Dienstag im „Journal Officiel“ publiciert werden. Der Finanzminister Mathieu Dode wird die Verminderung des Steuertrages eingestehen, doch nachzuweisen suchen, daß Frankreich weder neuer Anleihen noch neuer Steuern bedarf. — Infolge des Gerüchtes, daß der Sohn Napoleons III. sich in Frankreich befinde, hat die französische Regierung eine strenge Ueberwachung der Wohnhäuser Rouhers und anderer in der Provinz befindlicher bonapartistischer Notabilitäten angeordnet. Prinz Louis Napoleon soll im Lot-Departement verborgen gewesen und vor kurzem nach England zurückgekehrt sein. Die Regierung be-

scheine steht, den ich bei der Nachforschung über Karolins Sohn erhalten habe.“

„Ganz recht,“ rief Dr. March. „Das Weib, dem Botany das Kind zur Pflege übergab, hieß Watson, ich erinnere mich nun auch dieses Namens, und auf meine Nachfrage erhielt ich die Erklärung von Botany, daß er den Knaben in eine bekannte Kinderpflege-Anstalt zu einer Frau dieses Namens gegeben habe. Es ist nun klar, daß er den Mord des Kindes beabsichtigte, und das ist ein Factum mehr, um ihn zur Rechenschaft zu ziehen und seine Verhaftung zu erzielen. Der Verhaftsbefehl befindet sich schon in den Händen des Polizeibeamten Clarkson.“

„Gut,“ warf Lord Geraldin ein, „nur bin ich besorgt, daß Karolinen die Zeitungsartikel, welche über die Verhandlung erscheinen, vor Augen kommen könnten, und ich weiß nicht, wie ich das verhindern soll. Zwar glückte es mir heute, ihre Aufmerksamkeit davon abzulenken, aber was kann ich in Zukunft thun?“

„Es ist allerdings schwierig, ihr die Geschichte vorzuhalten, ich muß mit meiner Frau darüber sprechen. Frauen wissen immer Auswege, wo uns der Verstand still steht.“

„Arme Karoline!“ rief Lord Geraldin. „Noch fließen ihre Thränen über den Tod ihres Kindes! Sollte sie von der grausen Mordthat hören, der es zum Opfer fiel — ich fürchte, ihre ohnehin aufs äußerste gespannten Nerven würden dem Schlage erliegen.“

„Sie darf fürs erste nichts davon erfahren. Ich will noch heute mit meiner Frau darüber sprechen,“ erwiderte Dr. March.

„Und wie steht es mit der Scheidungs-Angelegenheit?“ fragte Lord Geraldin.

(Fortsetzung folgt.)

Tagesneuigkeiten.

fürchtet, daß mit diesem Besuche ein bonapartistisches Complot in der Armee im Zusammenhang sei.

Despujols ist am 16. d. in Santa Viesja eingetroffen, zerstörte die daselbst von den Carlisten aufgeführten Befestigungen und befreite 140 Frauen und 240 Männer, welche den liberalen Familien in Arragonien angehören und von Samundi gefangen gehalten wurden.

In St. Petersburg soll nach der „Moskauer Btg.“ unter dem Vorsteher des Staatssecretärs Walujew eine besondere Commission niedergesetzt werden, um sich der Durchsicht der Statuten der verschiedenen höheren Unterrichtsanstalten zu unterziehen und dieselben in Uebereinstimmung mit einander zu bringen.

Die rumänische Kammer hat das Rentengesetz nach einer lebhaften Debatte angenommen. 25 Deputierte enthielten sich der Abstimmung, weil sie das Verfahren für unregelmäßig erklärten.

Die Kammeropposition in Athen verlangte wegen Beschlusunfähigkeit die Annullierung des Sitzungprotokolls vom 12. d., in welchem das Budget pro 1874 erledigt wurde. Als die Regierungspartei bei der Abstimmung hierüber mit 80 gegen 61 Stimmen siegte, so entfernte sich die Opposition in corpore. Die Regierung hofft dennoch die Beschlusfähigkeit zustande zu bringen.

Staatshaushalt 1873.

Wir entnehmen aus dem Central-Rechnungsabschlusse über den Staatshaushalt der diesseitigen Reichshälfte für das Jahr 1873, welcher in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 14. d. M. zur Ausgabe gelangte, folgende Daten:

Laut der summarischen Uebersicht der vollen Staatsausgaben und Einnahmen betragen die wirklich bestrittenen baren Staatsausgaben für 1873 398.851,429 fl. und die Einnahmen 398.851,429 fl., so daß sich weder ein Ueberschuß noch ein Abgang ergab, weil zur Begleichung der Mehrauslagen des Jahres 1873 von den zur Verwendung bewilligten 18.5 Millionen Gulden aus den Cassen des Jahres 1872 der Theilbetrag von 12.4 Millionen Gulden als außerordentliche Einnahme gebucht wurde. Nach dem Voranschlage für 1873 war das Gesamt-Erfordernis mit 394.129,651 fl. präliminirt. Als Gesamt-Bedeckung für das Jahr 1873 wurden 393.677,697 fl. eingestellt, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß im Staatsvoranschlage unter die außerordentlichen Einnahmen als Erlös von den auf Grund der Tilgungen hinauszugebenden Obligationen ein Betrag von 3.924,000 fl. und als Erlös für 25,000 Stück Actien der Franz Joseph-Bahn ein weiterer Betrag von 5.500,000 fl. aufgenommen erscheint, von welcher Verlaufs-Ermächtigung die Regierung gar keinen Gebrauch gemacht; ferner daß von den präliminirten, beziehungsweise zur Verwendung bewilligten 18.500,000 fl. aus den Cassen des Jahres 1872 nur 12.380,629 fl., mithin um 6.119,370 fl. weniger, in Anspruch genommen wurden; es zeigt sich daher, daß an außerordentlichen Einnahmen im ganzen um 15.543,370 fl. weniger erforderlich waren, als nach dem Voranschlage pro 1873 vorausgesetzt worden war. Nach Abzug dieser von der Regierung bisher noch nicht benötigten außerordentlichen Bedeckungsmittel stellt sich als präliminirte Gesamt-Bedeckung ein Betrag von 378.134,326 fl. und als präliminirter Abgang ein Betrag von 15.995,324 fl. heraus; es hat sich daher der wirkliche Erfolg im ganzen um diesen Betrag günstiger gestaltet.

Vom deutschen Ritterorden.

Ueber die freiwillige Sanitätspflege des deutschen Ritterordens bringen die wiener Blätter nachstehende Mittheilung:

Nachdem die mit dem k. k. Reichs-Kriegsministerium getroffene Vereinbarung, betreffend die Unterstützung des amtlichen Sanitätsdienstes bei der k. k. österreichisch-ungarischen Armee im Felde durch den deutschen Ritterorden, die Genehmigung des Kaisers erhalten hat, so beschloß der Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Wilhelm nach eingeholtem Rathe des Großkopltes, daß die für diesen Dienst festgestellten Normen der Sanitätspflege des Ordens im Kriege und im Frieden von nun an in Geltung zu treten haben. Diese Normen betreffen den ökonomisch-administrativen Dienstbetrieb, die Unterstützung des k. k. Armee-Sanitätsdienstes durch den freiwilligen Feld-Sanitätsdienst des deutschen Ritterordens, die Vorschriften für das persönliche Verhalten im Dienste bei den Ordensanstalten im Felde, die Dienstesmaximen für das Personal der Feld-Sanitätsanstalten und die Vorschriften für die Civilkrankenpflege. Die 40 Feld-Sanitätscolonnen, welche in dieser Art der deutsche Orden anstrebt, werden bis April k. J. vollkommen aufgestellt und kriegsbereit sein. Das Material dazu: Fuhrwerke, Geschirre, Sanitätsausrüstungen u. sind in der Ausrüstung begriffen und werden die kompletten Monturen, Armaturen und Rüstungen für 840 Mann bis zur selben Zeit bereit erliegen. Die Auslagen betragen hierfür ungefähr 300,000 fl., ein Beweis, daß mit vereinten Kräften binnen kurzer Zeit viel erprobliches geleistet werden könne. Der Verein der Marianer hat hierin der That eine bedeutende patriotische Leistung aufzuweisen, für welche ihm in erster Linie die Armee zu großem Dank verpflichtet bleibt.

— (Aus dem Parlamente.) Se. Exc. der Herr Ackerbauminister Dr. Ritter v. Chlumetzky legte auf Grund Allerhöchster Ermächtigung einen Gesetzentwurf betreffend die Maßregeln gegen die Verbreitung der Phylloxera vastatrix zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

— (Dankadresse.) Der kärntnerische Landesauschuß hat an den Reichsrathsabgeordneten Dr. Herbst für seine erfolgreiche Thätigkeit in bezug auf den Bau der Eisenbahn Tarvis-Pontebba im Eisenbahnausschuß des Abgeordnetenhauses ein Dankschreiben gerichtet.

— (Zinsenauszahlung.) Die Staatsschuldentasse in Wien wird vom 2. Jänner 1875 an bis auf weiteres die am 1. Jänner 1875 fällig werdenden, in Silber zahlbaren Coupons und Quittungen von Obligationen der einheitlichen Staatsschuld auf Verlangen der Parteien auch in Noten nach dem officiell notierten Geldcourse des Silbers des dem Einlösungstage vorangegangenen Börsentages einlösen. Selbstverständlich erfolgt, wenn die Partei nicht ausdrücklich die Zahlung in Noten begehrt, die Einlösung der in Rede stehenden Coupons und Quittungen nach wie vor in Silber.

— (Eine Monstre-Expensnote.) Das „N. Fremdenbl.“ berichtet: „Der Concurswasse-Verwalter der Wechselbank, Dr. Hiller, erhielt vom Landesgerichte seine Expensen zugesprochen. Das Gericht bewilligte den Betrag von 220,000 fl. (!) Davon sind 60,000 fl. für eigene Kosten aufgerechnet. Die Wechselbank wurde im Mai 1873 faillit, die Massenverwaltung dauerte somit 1 1/2 Jahr. Freilich ist hierbei zu bemerken, daß Dr. Hiller während dieser ganzen Zeit ausschließlich seine ganze Zeit und sein ganzes Bureau dieser einen Abhandlung widmen mußte.“

— (Ehemals Ingenieur jetzt Kapuziner.) Die götzger „Ecca“ meldet: Am 8. d. las in der Kapuzinerkirche zu Görz ein junger Ingenieur diese erste Messe. Was ihn bewog, den Meßstisch mit dem Meßstisch zu vertauschen, ist nicht bekannt.

— (Zeitungsstatistik.) Die k. k. Postdirection in Wien hat soeben eine neue Auflage des Preisverzeichnisses sämtlicher Zeitungen und Zeitschriften der österreichisch-ungarischen Monarchie, sowie der in Oesterreich debitierten ausländischen Zeitungen im Verlage der Staatsdruckerei erscheinen lassen, dem die „Oesterreichische Buchdrucker-Zeitung“ nicht uninteressante Daten entnimmt: Von den im Verzeichnis angeführten 3730 Nummern erscheinen, nach Sprachen geordnet, armenisch 7 Zeitschriften, worunter 1 tägliche; bulgarisch 4, czechisch 102 mit 9 täglichen, kroatisch 9 (täglich 3), dänisch 18 (täglich 9), deutsch 1733, worunter nicht weniger als 439 täglich erscheinende und von diesen 24 mit täglich zweimaliger Ausgabe, 6 mit 13 Nummern per Woche, 1 mit 14 und 2 mit 18 Nummern per Woche; englisch 278 (täglich 40), französisch 707 (täglich 188), griechisch 25 (täglich 5), hebräisch 9, holländisch 31 (täglich 21), italienisch 293 (täglich 79) litthauisch 1, norwegisch 11 (täglich 6), polnisch 83 (täglich 21), romanisch 46 (täglich 4), russisch 53 (täglich 35), ruthenisch 6, schwedisch 26 (täglich 11), serbisch 21 (täglich 2), slowakisch 14, slovenisch 24 (täglich 1), spanisch 14 (täglich 12), türkisch 13 (täglich 3), ungarisch 126 (täglich 20), wendisch 4. Von diesen angeführten Journalen kommt auf Oesterreich-Ungarn nahezu der dritte Theil.

— (Venus-Durchgang.) Der amerikanische Correspondent der „Times“ telegraphirt aus Philadelphia vom 13. Dezember: „Professor Nowcomb, Astronom am Marineobservatorium in Washington meldet, daß ihm drei von acht Stationen Berichte eingeschickt hätten. Achtzig Photographien, die in Rangasaki und Wladivostok aufgenommen wurden, zusammen mit den hundertdreizehn Photographien aus Hobart-Town würden allein hinreichen, die Sonnen-Parallaxe mit dem wahrscheinlichen Irrthum von nur 1/10 Secunde zu berechnen. Der Erfolg der Beobachtungen hängt jetzt nur von Peking ab, von wo ungefähr in einer Woche die Berichte einlangen werden.“ — Die deutsche astronomische Expedition telegraphirt aus Tschifu (Nordost-China), daß der Venusdurchgang erfolgreich beobachtet wurde, die Contactbeobachtungen, Heliometermessungen und photographischen Aufnahmen glänzend gelungen seien. Die Offiziere Sr. Majestät Schiff „Arcona“ unterstützten die Expedition trefflich.

Locales.

Anszug aus dem Protokolle des

I. I. Landes-sanitätsrathes in Krain vom 2. November 1874.

Vorsitzender: Regierungsrath Dr. R. v. Stöckl, die k. k. Sanitätsräthe Dr. C. Bleiweis, Dr. Fr. Reesbacher, Dr. Fr. Schiffer und Dr. A. Valenta.

Es wird nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Erledigung innerer Angelegenheiten zur Frage geschritten, welche Maßregeln gegen die in der Stadt herrschende Diphtheritis-Epidemie zu ergreifen sein.

Sanitätsrath Dr. Reesbacher stellt folgenden Antrag: „Der Sanitätsrath möge beschließen, die hohe Landesregierung zu ersuchen, den Stadtmagistrat in Laibach aufzufordern, zur Hintanhaltung des Weiter-

schreitens der Diphtheritis-Epidemie und zur Affanation der Stadt überhaupt, folgende Maßregeln durchzuführen.

A. Maßregeln, welche zur Bekämpfung der Diphtheritis-Epidemie sofort zur Ausführung zu bringen sind und

B. Maßregeln, welche sich auf die Affanation der Stadt überhaupt beziehen.

ad A. 1. Desinfection aller Aborte, aller Häuser, in welchen Erkrankungen und speciell in allen Häusern, in welchen Todesfälle an Diphtheritis vorkommen, dann behördliche Ueberwachung solcher Häuser.

2. Gebrauch der Carbonsäure als Desinfections-mittel.

3. Aufforderung an die Aerzte, jeden Fall von Erkrankung beim Magistrate anzuzeigen.

4. Transferirung jedes an Diphtheritis Verstorbenen in die Leichenkammer, Sperrung des Leichenhauses für Besuch, strenges Verbot, bei Leichenbegängnissen Kinder zuzulassen.

5. Die Wäsche der an Diphtheritis Erkrankten und Verstorbenen ist durch den städtischen Desinfections-wäscher zu reinigen.

6. Der Kirchenbesuch ist auf die Dauer der Epidemie bei allen öffentlichen und Privatlehranstalten einzustellen.

7. Die Bestimmung des l. l. Landeschulrathes, daß Kinder aus jener Familie, in welcher Diphtheritis-Erkrankungen vorkommen, die Schule nicht besuchen dürfen, sind bezüglich ihrer Handhabung behördlich zu überwachen.

8. Die Brunnenordnung der Stadt Laibach ist sofort zu activieren.

9. Sämmtliche Senkgruben der Stadt sind hermetisch verschließbar herzustellen.

10. Das Rehricht darf nicht in die Senkgruben geworfen werden, sondern ist in permanent durch die Stadt circulierende Rehrichtswagen abzuladen.

11. Das Verbot, die Senkgruben vor 10 Uhr nachts zu entleeren, ist zu republicieren und dessen Handhabung strenge zu überwachen.

ad B. 1. die Kanalmündungen in den Laibachfluß münden zu hoch ober dem Normalniveau desselben und ist der Magistrat zu beauftragen, die Abhilfe dagegen einer Berathung durch Fachmänner zu unterziehen.

2. Es ist die Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, ob nicht durch Herstellung eines Schleusenwerkes am Gruber'schen Kanal durch ein paar Stunden des nachts eine größere Wassermenge zur Durchwaschung des Flußbettes der Laibach durch dasselbe geleitet werden könnte.

3. Wäschebepots innerhalb der Stadt sind gesundheitschädlich, bei Epidemien gefährlich, daher Anlage eines Centralwäschebepots außerhalb der Stadt.

4. Entfernung der städtischen Composthaufen außerhalb der Stadt und Anlage derselben außerhalb.

5. Endliche definitive Wahl eines zweckmäßigen Systems der Ausfuhr der Mehrgangsstoffe.

6. Definitive Regelung des städtischen Sanitätsdienstes mit besonderer Bezugnahme auf die Aufstellung der nöthigen Sanitätsorgane.

Diese Anträge werden in ihrer Gesamtheit einstimmig angenommen.

— (Concert.) Das gestrige Concert der philharmonischen Gesellschaft war der heiteren Tonmuse gewidmet. Unter den mit großem Beifall und in animirtester Stimmung aufgenommenen Programmnummern stand die Serenade von R. Fuchs für das Streichorchester oben an. Das prächtige Tonwerk stammt aus der geistreichen Feder eines jungen großer Componiteurs, zählt recht edle, frische und wohlklingende Motive, befriedigt auch den nicht strengen Musikkenner, fand auch bei uns freundlichsten Anklang, denn es wurde recht nett ausgeführt. Herr Moriz Meißner trat gestern zum ersten male als Violoncellvirtuose mit einer ungarischen Piece vor die Oeffentlichkeit. Herr Weigner besitzt gute Schule und große Fertigkeit; wünschenswerth wäre mehr Wärme, mehr Ausdruck und ein tonreicherer Instrument. Frau Marie Polonig sang zwei Lieder (Welt und Marschner) und erzielte mit wohlklingender, umfangreicher Stimme und gutem Vortrag glänzenden Erfolg. Wir erbitten uns öfters Auftreten, wodurch Befangenheit bestens beseitigt werden kann. Der Mannchor brachte uns mit gewohnter Meisterschaft vier Piecen, darunter Hagers „Frühlingslied“ und Nedveds reizendes „Gute Nacht“, letzteres gewürzt durch Herrn Schulz excellenter vorgetragenes Bariton solo, hervorragten. Zwei Bagatellen für das Streichquartett fanden eben auch Gnade vor der gestern sehr beifallslustig gestimmten Gesellschaft. Sämmtliche hervorragende Mitwirkende, auch Meister Nedved, wurden mit wiederholten Hervorrufen ausgezeichnet. Der gestrige Abend bot zwar nicht hohe, aber höchst angenehme Musik.

— (Theaternachricht.) Fräulein Stauber erkrankte an einer heftigen Halsentzündung. Das für morgen und übermorgen projectierte Gastspiel wird nach den Weihnachtstagen stattfinden.

— (Ein wüthender Hund) soll, wie dem „Slov. Narod“ geschrieben wird, in Bischofsbad mehrere Hunde angefallen, mehreren Passanten Kleider zerrissen und einen Mann gebissen haben.

— (Wieder ein Wolf!) Am 16. d. M. um 9 Uhr vormittags erlegte der Grundbesitzer Josef Hirt

